



29.06.2026

Wie Denkmalschutz in Deutschland ausgehebelt wird

In mehreren Bundesländern (NRW, Hessen (teilweise), Niedersachsen, Sachsen) droht dem Denkmalschutz eine folgenschwere Schwächung – die meist einhergeht mit deutlicher politischer Selbstermächtigung. Im Rahmen von Denkmalschutzgesetz-Novellen, Bauordnungsreformen oder strukturellen Neugliederungen sollen fachliche Standards abgesenkt, politische Einflussmöglichkeiten ausgeweitet und schädliche Eingriffe in historische Bauten erleichtert werden. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD) warnt vor einem politischen Kurswechsel mit gravierenden Folgen: Wenn die Änderungsvorhaben umgesetzt werden, geraten Denkmale, Ortsbilder und gewachsene Baukultur in ganz Deutschland noch stärker in Gefahr. Dabei sind die Verlustquoten der wenigen Denkmale schon jetzt bundesweit dramatisch.

Dass die angestrebten Änderungen auf falschen Annahmen fußen und eine deutliche Abnahme der denkmalpflegerischen Qualität zufolge hätten, zeigen auch **die Ergebnisse aktueller DSD-Umfragen**, die im Mai und Juni 2026 in knapp 200 Unteren Denkmalschutzbehörden zweier betroffener Bundesländer durchgeführt wurden.

Keine Optimierung, sondern politischer Durchgriff und Verlust von unabhängiger Fachexpertise

Die Denkmalschutz-Gesetzgebung liegt in Deutschland in der Verantwortung der Länder. Dass diese Gesetze novelliert oder Behördenstrukturen neu definiert werden, ist so normal wie notwendig. Doch bei der Mehrzahl der aktuellen Überarbeitungen landeseigener Denkmalschutzgesetze oder Neustrukturierungen wird keine Modernisierung, sondern eine gefährliche Verschiebung vorgenommen: Was als Vereinfachung und Anpassung an moderne Anforderungen verkauft wird, schiebt faktisch fachliche Expertise zur Seite, ermächtigt stattdessen politische Entscheider und droht in der Praxis, den Schutz historischer Bausubstanz systematisch zu schwächen.

Schön klingende Begriffe wie Entbürokratisierung, Digitalisierung und Verfahrensbeschleunigung sind die Schlagworte, mit denen derzeit viele „Reform“-Vorhaben begründet werden. Nach Auffassung der DSD verschleiern diese Begriffe jedoch häufig, worum es tatsächlich geht: die Landesdenkmalämter – also die einzigen unabhängig agierenden Fachbehörden – sollen zur Seite gedrängt, Verfahren auf Kosten der Sorgfalt verkürzt und wirtschaftliche Interessen leichter durchgesetzt werden.

„Es droht nun eine Situation wie in den 1970er Jahren, als aus universellen Modernisierungsabsichten und Unverständnis heraus reihenweise historische Gebäude abgerissen wurden.“, warnt Stiftungsvorstand Dr. Steffen Skudelny.

Fehlende Evaluierung und Fehlbehauptungen mit fatalen Folgen



Aufgebaut werden die Gesetzesnovellierungen und Reformvorhaben dabei hauptsächlich auf nicht belegten, dafür umso intensiver postulierten Behauptungen, die sich bei Prüfung jedoch sehr schnell als nicht valide oder wirklich regelhaft herausstellen. Vor allem ist hier die Behauptung zu nennen, dass die Einbindung der Fachleute der Landesdenkmalämter bei denkmalrechtlichen Genehmigungsverfahren die Ursache für langwierige Prozesse und Verzögerungen sei. Um dies zu verbessern, solle mehr Verantwortung direkt bei den weisungsgebundenen, meist den Kommunen unterstellten Unteren Denkmalschutzbehörden (UDB) landen. Dies würde angeblich Verfahren beschleunigen und entbürokratisieren.

Doch weder gibt es in den betroffenen Ländern gesicherte aktuelle Grundlageninformationen oder Evaluationen zur Situation der Unteren Denkmalschutzbehörden, die nachvollziehbar machen, ob diese Behörden der ihnen zugedachten alleinigen Verantwortung überhaupt gerecht werden können – fachlich wie personell. Noch gibt es einen Nachweis dafür, dass die Einbeziehung der Fachämter tatsächlich regelhaft zu bedeutenden Verzögerungen bei denkmalrechtlichen Verfahren führt.

Aktuelle Umfragen der DSD zeigen anderes Bild

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz hat im Mai und Juni 2026 die Unteren Denkmalschutzbehörden (UDB) zweier Bundesländer befragt, die von Anpassungsvorhaben betroffen sind.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz:

- Schon jetzt sind die Unteren Denkmalbehörden tendenziell hoch arbeitsbelastet bis überlastet.
- Sie geben außerdem mehrheitlich an, die fachliche Unterstützung der Fachämter dringend zu benötigen und gut mit diesen zusammenzuarbeiten.
- Bei Entfall dieser Abstimmung bzw. Bedeutungsverlust der denkmalfachlichen Bewertung des Landesamtes befürchten sie eine deutliche Abnahme der denkmalpflegerischen Qualität.
- Zudem geben sie an, dass die Einbeziehung der Fachämter in der überwiegenden Mehrheit der Fälle im Rahmen der vorgesehenen Fristen passiert – und nicht zu massiven Verzögerungen führt.

Das Verhältnis von Mitarbeitern der UDBs zu den zu betreuenden Denkmälern ist den Umfrageergebnissen zufolge mehrheitlich erschreckend unangemessen: bei einer Anzahl circa 500 zu betreuenden Denkmälern pro Mitarbeiter liegt der Schnitt in den befragten Unteren Denkmalbehörden. Durch die Gesetzesnovellierungen würden diese dann zukünftig noch mehr Verantwortung und Last tragen müssen.

Die angeführten Hauptgründe für die Reformen und Novellierungen sind also inhaltlich nicht haltbar und werden auch aus Kapazitäts- und Fachlichkeitsgründen keine Verbesserung der Situation erzielen.

Die Folgen der beabsichtigten Weichenstellungen reichen weit über den Verlust einzelner Denkmale hinaus

Die beabsichtigten Novellen und Reformen würden eine weitere Verschlechterung des Schutzzrahmens von Denkmälern bedeuten – mit Folgen, die weit über den Verlust einzelner Bauwerke hinausgehen. Das Risiko,



dass historische Substanz unwiederbringlich verloren geht, Stadt- und Ortsbilder an Charakter einbüßen und ganze Regionen ein Stück ihrer kulturellen Identität verlieren, steigt enorm. Zugleich werden Sanierung und Weiterentwicklung im Bestand erschwert, obwohl gerade die Weiternutzung bestehender Gebäude Ressourcen schont und damit auch aus Sicht des Klimaschutzes von Bedeutung ist. Historische Bauten prägen zudem die Attraktivität vieler Städte und Gemeinden als Lebens-, Kultur- und Tourismusorte. Wo Denkmale verschwinden, verliert der öffentliche Raum an Geschichte, Wiedererkennbarkeit und Qualität.

Appell an Politik und Öffentlichkeit

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz appelliert eindringlich an politische Verantwortungsträger und an die Öffentlichkeit, diese Änderungsabsichten an Denkmalschutzgesetzen oder Strukturanpassungen nicht geschehen zu lassen, sich nicht durch schön klingende Worthülsen täuschen zu lassen und die Folgen der Änderungsabsichten nicht zu verharmlosen. Wo systematisch Schutzstandards abgesenkt, fachliche Beteiligung geschwächt und automatische Genehmigungen erleichtert werden, geraten Denkmale schneller in Gefahr und Verluste werden wahrscheinlicher.

Die DSD sieht die Tendenz, dass sich Politik, Länder und Kommunen bei ihrer Entscheidungsfindung und Bewertung von Denkmalen konsequent von Fachlichkeit und Expertentum entfernen und sich stattdessen mehr und mehr selbst ermächtigen, mit größter Sorge. Nur ca. 3 % der Bausubstanz in Deutschland steht unter Denkmalschutz. Eindeutig kein wirksamer Hebel, um die zweifellos massiven bürokratischen Hürden im Bauwesen anzugehen. Doch Denkmale scheinen hier zum symbolischen Bauernopfer zu werden – welches die wirklichen Reformbedarfe, die Deutschland hinsichtlich Infrastruktur und Bauwesen zu lösen hätte, verschleiern soll.

Die Stiftung fordert eine verbindliche Beteiligung der unabhängigen Fachämter, realistische Verfahrensrahmen statt Schutzabbau und ein klares politisches Bekenntnis dazu, Denkmale nicht nach kurzfristiger Nützlichkeit, Bekanntheit oder Kostenlage zu bewerten. Eine Verbesserung von Verfahren beispielsweise durch Digitalisierung oder durch denkmalpflegerische Verfahrenskataloge befürwortet die DSD ausdrücklich.

Unser aller historisches und kulturelles Erbe sollte es wert sein, Grundlagen sorgfältig zu ermitteln, unabhängige Fachleute einzubeziehen und diese ernst zu nehmen, die Behörden angemessen auszustatten und im Einzelfall auch einmal eine Interessenabwägung, Diskussion und fachliche Argumentation einzugehen und auszuhalten. Nur in Ausnahmefällen bedeutet letztere auch: mehr Zeit und eine längere Verfahrensdauer.

In der Waagschale liegt die kulturelle und historische Identität unserer Städte und Dörfer – ein hohes Gut. Und dieses ist akut bedroht: schon jetzt verliert Deutschland jeden Tag mindestens ein Denkmal. Die aktuell angestrebten Änderungsabsichten der Denkmalschutzgesetze oder flankierender Regelungen werden diesen Verlust nach Einschätzung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz noch deutlich steigern.

Mehr Informationen:

www.denkmalschutz.de/gesetzesnovellierungen